

**An Ministerpräsident Stephan Weil
Niedersächsische Staatskanzlei
Planckstraße 2
30169 Hannover**

Hannover, den 11.05.2020

Niedersachsen soll Sicherer Hafen werden

Offener Brief an die Landesregierung, initiiert durch die SEEBRÜCKE Niedersachsen und den Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Weil, sehr geehrte Frau Reimann, sehr geehrter Herr Pistorius, sehr geehrte Mitglieder der niedersächsischen Landesregierung,

nach wie vor sind viele Menschen aus unterschiedlichen Gründen auf der Flucht. Diejenigen, die sich auf den Weg nach Europa machen, sind dabei großen Gefahren ausgesetzt. Auch auf den griechischen Inseln spitzt sich die Lage weiter zu: Zehntausende Menschen harren unter unmenschlichen Bedingungen aus.

Niedersachsens Verantwortungsträger*innen sind immer wieder vorangegangen: Ministerpräsident Stephan Weil nannte Mitte 2019 die Arbeit privater Seenotretter*innen im Mittelmeer „hoch achtbar“. Er sprach sich für eine neue Seenotrettungsmission der Europäischen Union im Mittelmeer aus. „Der Massenfriedhof Mittelmeer“ werde „Tag für Tag größer“, so der Ministerpräsident im vergangenen Jahr.¹

Wir erinnern auch daran, dass Niedersachsen bei der humanitären Aufnahme aus Syrien einmal Vorreiter unter den Bundesländern war. Verwandte von syrischen Geflüchteten, die bereits in Deutschland lebten, konnten bis Mitte 2015 über ein Landesaufnahmeprogramm einreisen. Über 5.000 Menschen fanden so zusätzlich in Niedersachsen Schutz. Leider war die Landesregierung bisher im Gegensatz zu einigen anderen Bundesländern nicht bereit, dieses Programm zu verlängern.

Niedersachsen hat bei der Aufnahme mehrerer Kinder aus den griechischen Geflüchtetenlagern eine Vorreiterrolle eingenommen und im April 2020 die ersten Aufnahmen ermöglicht. Diese muss nun dadurch gefestigt werden, dass die Landesregierung die Aufnahme weiterer geflüchteter Menschen in den aufnahmebereiten niedersächsischen Kommunen ermöglicht.

In Niedersachsen haben sich in den vergangenen Monaten bereits 26 kommunale Gebietskörperschaften zu „Sicheren Häfen“ erklärt, die insgesamt über 3,2 Millionen Menschen repräsentieren.²

Anstatt mit praktischen Schritten für die kommunale Aufnahme voranzugehen, beharren Bund und Länder auf einer gesamteuropäischen Lösung. Dass eine solche Lösung im

¹ https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/hannover_weser-leinegebiet/Weil-lobt-Rackete-und-warnt-vor-Massenfriedhof,seenotrettung572.html, letzter Aufruf: 11.05.20

² <https://seebruecke.org/sichere-haefen/ueberblick>, letzter Aufruf: 11.05.20

Moment nicht zu erwarten ist, darf nicht länger ein Hinderungsgrund sein, Menschen aufzunehmen!

Deshalb appellieren wir an Sie: Die Landesregierung hat vielfältige Möglichkeiten, sich für die zusätzliche Aufnahme von Schutzsuchenden einzusetzen. Die Aufnahmebereitschaft und Solidarität mit Geflüchteten auf kommunaler Ebene ist groß! Doch aufnahmewillige Städte und Kommunen sind auf Sie als Landesregierung angewiesen, damit die Aufnahme zusätzlich zur Quote ermöglicht wird. Als breites zivilgesellschaftliches Bündnis möchten wir die große Aufnahmebereitschaft vieler Bürger*innen unseres Landes deutlich zum Ausdruck bringen. Als Bundesland mit einer diversen Gesellschaft muss Niedersachsen erneut eine Vorreiterrolle bei der Aufnahme von Geflüchteten einnehmen.

Niedersachsen hat die Kapazität, noch viele weitere Geflüchtete aufzunehmen und somit ein Sicherer Hafen zu sein. Daher fordern wir, dass die niedersächsische Landesregierung:

1. sich solidarisch mit allen Menschen auf der Flucht, der zivilen Seenotrettung und den zivilgesellschaftlichen Unterstützer*innen von Geflüchteten erklärt und sich für ein Ende der Kriminalisierung von praktischer Solidarität mit Geflüchteten in Europa einsetzt.
2. sich aktiv für sichere Fluchtwege und für die Einführung staatlich organisierter ziviler Seenotrettungsmissionen einsetzt.
3. neue Landesaufnahmeprogramme (nach § 23, Absatz 1 Aufenthaltsgesetz) auflegt, um sichere Fluchtwege für Schutzsuchende zu schaffen und diese zusätzlich zum Königsteiner Schlüssel in Niedersachsen aufzunehmen.
4. die Aufnahme weiterer Menschen aus den Lagern an den europäischen Außengrenzen, insbesondere von den griechischen Inseln, umsetzt - entweder über Beteiligung an einer Bundesaufnahme durch Überquote oder im Falle der weiteren Blockade der Bundesregierung durch eine eigene Landesaufnahmeanordnung.
5. sich an den Resettlement-Programmen des Bundes mit einem zusätzlichen Kontingent beteiligt, um so Möglichkeiten für die zusätzliche Aufnahme von Schutzsuchenden zu schaffen.
6. der Bundesratsinitiative zur Änderung von § 23 Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes zustimmt, mit der gesetzlich klargestellt würde, dass Bundesländer Landesaufnahmeprogramme auch ohne die Zustimmung des Bundesinnenministeriums durchführen können (BR-Drucksache 482/19).³
7. sich für die Schaffung von Rahmenbedingungen für eine eigenständige kommunale Aufnahme durch eine entsprechende Änderung des Aufenthaltsgesetzes einsetzt und aufnahmewillige Kommunen in der Umsetzung ihres Anliegens aktiv unterstützt.
8. sich aktiv dafür einsetzt, dass die Menschenrechte an den EU-Außengrenzen durchgesetzt werden und niedersächsische Polizeibeamt*innen sich nicht an menschenrechtsverletzenden FRONTEX-Einsätzen beteiligen.⁴
9. sichere Bleibeperspektiven für Schutzsuchende schafft. Das Land muss seine humanitären Spielräume nutzen, Personalstellen einrichten und Programme aufbauen, um Bleibe- und Teilhabeperspektiven für die Menschen zu schaffen und zu sichern, die in Niedersachsen leben und hier längst ihren Lebensmittelpunkt gefunden haben.

³ <https://www.bundesrat.de/SharedDocs/beratungsvorgaenge/2019/0401-0500/0482-19.html>, letzter Aufruf: 11.05.20

⁴ <https://correctiv.org/top-stories/2019/08/04/frontex-transparenz/>, letzter Aufruf: 11.05.20

Als Landesregierung haben Sie die Möglichkeiten, die Politik der Abschottung zu beenden und Schutzsuchenden Perspektiven eines erfüllten Lebens zu geben.

Mit besonderem Nachdruck appellieren wir an Ihre Menschlichkeit und Ihren Einsatz für grenzenlose Solidarität!

Mit freundlichen Grüßen,

SEEBRÜCKE Niedersachsen

Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V.